

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 0036/39
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 00 64

Inhalt

Dr. Peter Glotz MdB zur Blockadepolitik der CSU gegen den deutsch-tschechoslowakischen Vertrag: Der vierte Kardinalfehler.

Seite 1

Magdalene Hoff MdB zur Notwendigkeit einer vom US-Diktat freien europäischen Hilfe für die GUS: Hunger darf kein Mittel der Politik sein.

Seite 2

Manfred Reimann MdB zum Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen mit dem Jugendarbeitsschutzgesetz: Die Vorschriften wurden den Verstößen angepaßt.

Seite 3

Hans Kolo MdL zu Anforderungen an das bayerische Kultusministerium: Auf ökologische Vernunft trimmen.

Seite 4

Dokumentation

Professor Dr. Robert M. W. Kempner erinnert sich: Wie die Ankläger von Nürnberg das Wannsee-Protokoll entdeckten.

Seite 6

47. Jahrgang / 14

21. Januar 1992

Der vierte Kardinalfehler

Zur Blockadepolitik der CSU gegen den deutsch-tschechoslowakischen Vertrag

Von Dr. Peter Glotz MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Man mag hier beschwichtigen. Natürlich ist es begrüßenswert, daß die FDP unter Anleitung von Außenminister Genscher Blockadepolitik der CSU zum deutsch-tschechoslowakischen Freundschaftsvertrag zurückweist. Vermutlich wird die FDP sich durchsetzen - wie schon bei der Kontroverse um den deutsch-polnischen Vertrag. Bundeskanzler Kohls Zögern, den Vertrag zu unterschreiben, ist rein innenpolitisch motiviert. Er weiß - wie seinerzeit bei der Anerkennung der Westgrenze Polens - ganz genau, daß er sich international eine Verweigerung der Unterschrift nicht leisten kann. Aber er spielt herum, um seine bayerischen Freunde nicht allzu sehr zu verärgern. Er will sich Vertriebenenstimmen erhalten. Man kann sich mit der Perspektive trösten, daß die Zitterpartei irgendwann beendet werden wird. Die Frage ist nur: Wieviel außenpolitisches Porzellan wollen wir eigentlich noch zerschlagen?

Es ist der vierte außenpolitische Kardinalfehler der Bundesregierung. Der erste war das lange Zögern bei der Anerkennung der polnischen Westgrenze. Der zweite war die offensichtliche Feigheit im Golfkrieg; die Bundesregierung hat zwar ein Drittel dieses Krieges bezahlt, aber so getan, als habe sie mit diesem Krieg nichts zu tun. Das sinnvollste wäre gewesen, für diesen Krieg keine Mark auszugeben. Aber wer einen Krieg bezahlt, muß sich auch zu ihm bekennen. Der dritte Fehler war die pampige, antieuropäische, von Wilhelminischem Selbstbewußtsein dröhnende Haltung bei der Anerkennung Kroatiens. Amerikaner, Engländer und Franzosen sind entsetzt über das "neue Deutschland". Jetzt folgt der vierte Schlag: Man gibt den slowakischen Nationalisten und den böhmischen Kommunisten, die gegen den deutsch-tschechoslowakischen Vertrag agitieren, Auftrieb. Die Außenpolitik, die Hans Dietrich Genscher (der schließlich nicht nur Mitglied der FDP, sondern Mitglied der Bundesregierung ist) verantworten muß, wird langsam abenteuerlich.

Der Vertrag ist, das muß man dem Außenministerium und seinem Staatssekretär Dieter Kastrup lassen, vorzüglich verhandelt worden. In der Präambel steht erstmals das Wort "Vertreibung". Das zeigt, daß der

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Umweltfreundlich
mit recyceltem Papier
Recycling-Papier



Vertrag auf die beispielhafte Entschuldigung Präsident Vaclav Havel reagiert. Havel hat - gegen erhebliche Proteste im eigenen Land - deutlich gemacht, daß Massenvertreibungen Verbrechen sind. Der Vertrag nimmt diese Erkenntnis auf. Das ist ein gewaltiger Fortschritt in den Beziehungen zwischen beiden Völkern.

Es ist auch verständlich, daß sudetendeutsche Vertriebene nicht anders gestellt werden wollen wie Flüchtlinge aus Dresden oder Frankfurt an der Oder. Die Enteignung war genauso unberechtigt wie die Enteignung von Deutschen, die das Glück hatten, ihre Heimat in den Teilen des Deutschen Reiches zu haben, die jetzt wieder zur Bundesrepublik gehören. Man muß nur der (brutalen) Realität ins Auge schauen: Man kann einem nackten Mann nicht in die Tasche fassen. Die Tschechoslowakei ist in einer höchst prekären ökonomischen Situation. Sie wäre schon ökonomisch nicht imstande, deutsches Eigentum zu entschädigen oder zurückzugeben; von politischen Verwerfungen, die solche Versuche auslösen würden, gar nicht zu reden. Aus diesem Grund muß man uns Sudetendeutschen zumuten, anzuerkennen, daß unser Eigentum verloren ist. Wir hatten in den letzten vierzig Jahren nichts anderes erwarten können. Der rechtliche Vorbehalt - festgehalten in einem Briefwechsel zwischen den beiden Regierungen - ist in Ordnung und unausweichlich. Über diesen Vorbehalt hinaus aber kann man derzeit nicht zu anderen Regelungen kommen. Auch Theo Waigel weiß das natürlich. Er taktiert nur, um sich Sudetendeutsche Wähler in Bayern gewogen zu machen. Eine solche Haltung atmet nicht den Geist von Franz Josef Strauß, sondern den Geist von Hupka, Becher und Schlimmeren.

Es muß noch viel für die Freundschaft zwischen dem tschechischen, dem slowakischen und dem deutschen Volk getan werden. Die bayerische Staatsregierung sollte zum Beispiel die Euro-Region Egerensis so entschieden fördern wie die tschechische Regierung. Wir sollten auch prüfen, ob wir nicht einen deutsch-tschechischen Fonds auflegen können, aus dem Versöhnungsprojekte finanziert werden können. Für fantasievolle deutsch-tschechische Politik ist viel Raum. Wer aber fortfährt, Innenpolitik mit außenpolitischen Mitteln zu betreiben, der zerstört deutsches Ansehen in der Welt. Theo Waigel ist zur Zeit dabei, Vaclav Havel zu ohrfeigen. Das ist eine törichte und schädliche bayerische Kraftanstrengung.

(-/21. Januar 1992/rs/ks)

Hunger darf kein Mittel der Politik sein

Zur Notwendigkeit einer vom US-Diktat freien europäischen Hilfe für die GUS

Von **Magdalene Hoff MdEP**
Vorsitzende der EP-Delegation zur bisherigen UdSSR
Mitglied des SPD-Vorstandes

Die Europäische Gemeinschaft ist aufgefordert, sich ihre Politik bei der am Mittwoch in Washington beginnenden Konferenz zur Koordination der Hilfe für die GUS-Staaten nicht von den USA diktieren zu lassen. Dazu besteht keine Veranlassung. Im Gegenteil: Die Staaten der EG haben allen Anlaß, diese Gespräche selbstbewußt aufzunehmen. Sie haben bisher den größten Teil der Hilfe getragen. Dagegen haben die USA bereits angekündigt, dort keine finanziellen Entscheidungen treffen zu wollen. Es wäre absurd, wenn die Zaungäste die Musik bestimmten.

Meine Kritik und Befürchtung richtet sich allerdings auch an die EG. Die Forderung nach Schaffung einer zusätzlichen EG-Generaldirektion für die Kooperation mit den Staaten Mittel- und Osteuropas wird immer dringlicher. Dazu ist auch eine neue Kommissarin oder ein neuer Kommissar zu berufen. Die Tatsache, daß die Konferenz in Washington statt in Brüssel stattfindet,

dat, offenbart nämlich auch die unzureichende personelle Struktur der EG. Eigentlich hätte sich der zuständige Kommissar die Butter nicht vom Brot nehmen lassen dürfen.

Es ist im wahrsten Sinn des Wortes notwendig, daß die Staaten der EG endlich eine gemeinsame Politik gegenüber der GUS entwickeln. Dazu gehört auch, daß solche Feinlichkeiten vermieden werden, eine Konferenz wie die in Washington ohne die Betroffenen, also die neuen Staaten der GUS abwickeln zu wollen. Das US-Konzept, humanitäre Schritte mit politischen Auflagen zu verbinden, ist falsch. Hunger darf ein Mittel der Politik sein.

Die Politik für Reformen in Mittel- und Osteuropa und das Ende der Ost-West-Spaltung stellen Europa - insbesondere die EG und ihre leistungsfähigsten Mitgliedsländer vor eine große kurz- und mittelfristige Aufgabe:

- es ist jetzt unmittelbar wirksame humanitäre Hilfen zu leisten, damit im Übergang zu einer neuen Wirtschaftsordnung nicht Versorgungsengpässe den Prozeß des Fortschrittes gefährden
- Hilfe zu leisten, die die schwierige Umstellung auf ein marktwirtschaftliches System ermöglichen können - über die GATT-Regeln hinaus muß der Markt der EG geöffnet werden
- die bi- und multilateralen Anstrengungen zur Lösung der Verschuldungsproblematik sind zu verstärken (insbesondere auch im Rahmen der internationalen Organisationen wie IWF, Weltbank und GATT)
- bei der anstehenden und dringend erforderlichen Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EG sind die traditionellen Agrarräume Ost- und Südeuropas so miteinzubeziehen, daß Lagerhaltung und die Vermeidung struktureller Überschüsse europaweit gestaltet werden.

Außerdem müssen die EG und die europäischen Länder, die nach dem Krieg demokratische und gesellschaftlich pluralistische Strukturen aufbauen und erlernen konnten, ihre Erfahrungen an die Länder weitergeben, die dies nun erst beginnen können.

(-/21. Januar 1992/rs/ks)

Die Vorschriften wurden den Verstößen angepaßt
Zum Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen mit dem
Jugendarbeitsschutzgesetz

Von Manfred Reimann MdB
Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung im Deutschen Bundestag

Das Jugendarbeitsschutzgesetz von 1960 war unter der sozialliberalen Koalition 1976 erstmals novelliert worden, um dem in 16 Jahren stattgefundenen gesellschaftlichen Wandel Rechnung zu tragen. Es gab durch die Novellierung viele Verbesserungen für die Jugendlichen. So ist für die Jahre 1976 bis 1984 aus der vorgelegten Statistik ein kontinuierlicher Rückgang der Verstöße abzulesen.

Konkret: von 27.868 insgesamt festgestellten Verstößen im Jahr 1977 schrumpfte diese Zahl auf 11.360 im Jahr 1984. Dies ist ein klares Zeichen dafür, daß das Jugendarbeitsschutzgesetz in seiner überarbeiteten Form eine meßbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Jugendliche brachte. Mitursache, daß die Verstöße zurückgingen, waren sicher auch die bessere Kontrolle und die schärferen Strafbestimmungen bei Verstößen.

Nachdem im Oktober 1984 nach dem Regierungswechsel eine erneute Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes durchgeführt worden war, ging die Zahl der festgestellten Verstöße erneut rapide zurück. 1986 wurden statt 11.360 Verstößen 8.850 festgestellt. Die Regierung stellt dies als einen großen Erfolg hin, aber bei genauer Betrachtung ist dieser Rückgang wirklich kein Grund zur Freude, denn es ist ganz klar, daß es zu weniger Verstößen gegen ein Gesetz kommen muß, wenn dieses Gesetz den Verstößen angepaßt wird.

Verbesserungen, die unter der sozialliberalen Koalition eingeführt wurden, waren nach der Novellierung von 1984 wieder abgeschafft, so wurde zum Beispiel die bis dahin untersagte Samstagsarbeit für Jugendliche wieder aufgenommen, die Erlaubnis für den generellen Arbeitsbeginn von 7.00 Uhr auf 6.00 morgens zurückverlegt und die Berufsschulzeit von zwei Wochentagen wieder auf einen Wochentag reduziert.

Welcher Jugendliche möchte denn heute noch das Bäckerhandwerk lernen, wenn dies bedeutet, um 4.00 Uhr in der Frühe mit der Arbeit beginnen zu müssen und den Weg dorthin möglicherweise bei Schnee und Eis zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurücklegen zu müssen? Denn wo in diesem Land gibt es schon einen Öffentlichen Nahverkehr, der Auszubildende um diese Uhrzeit sicher zu Ihrem Arbeitsplatz bringt?

Die Zahlen über Arbeits- und Wegeunfälle sollten besser nicht im Text versteckt, sondern übersichtlich in einer Tabelle dargestellt werden. Hier ist mehr Transparenz geboten.

Darüber hinaus ist kritisch anzumerken, daß in dem Bericht der Bundesregierung keinerlei Angaben über arbeitsbedingte Erkrankungen oder sonstige gesundheitliche Beeinträchtigungen von Jugendlichen enthalten sind. Die Bundesregierung ist aufgefordert, möglichst bald eine Ergänzung und Aktualisierung ihres Berichts zu erarbeiten, denn von 1986 bis heute sind doch einige Jahre vergangen.

(-/21. Januar 1992/rs/ks)

Auf ökologische Vernunft trimmen **Zu Anforderungen an das bayerische Kultusministerium**

Von Hans Kolo MdL
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Energie, Wasser und Papier werden verschwendet, giftige Abfälle nicht entsorgt. Gerade staatliche Institutionen wie die bayerischen Hochschulen sind nicht eben ein Musterbeispiel für praktizierten Umweltschutz. Alarmiert durch Hochschulangehörige habe ich bereits vor einem Jahr dem Kultusministerium konkrete Vorschläge gemacht, die jedoch auf wenig Gegenliebe gestoßen sind. Die Einschaltung von unabhängigen Fachleuten zur Erarbeitung umweltschützender Strategien wird vom Kultusminister als zu teuer verworfen, und auf den Vorschlag einen Umweltschutz-Verantwortlichen an jeder Hochschule einzusetzen, geht der Minister nicht ein.

Daß die Problematik brennt, zeigt das jüngste erschreckende Beispiel an der Technischen Universität München: Bei der Überprüfung des Kanalsystems der TU-Labors in Garching fand man nicht nur Undichtigkeiten und Spuren radioaktiven Tritiums (überschweren Wasserstoffs) aus dem Abluftbereich des Reaktors, sondern auch hochgiftige strahlende Substanzen wie Plutonium und Americium. Es ist ziemlich klar, daß hier eine unsachgemäße Handhabung in der Radiochemie vorlag: Statt die radioaktiven Stoffe zurückzuhalten, wurden sie in einer Vorklaranlage "verdünnt" und anschließend "im Rahmen der Grenzwerte" in die Isar eingeleitet.

So spektakulär dieser Vorgang sein mag, so sind es doch die vielen kleinen "Umweltsünden", die sich an den bayerischen Hochschulen in Ihrer Gesamtheit summieren und die Umwelt belasten: der Einsatz von Einwegmaterialien, der Verzicht auf Recycling-Produkte, die leichtfertige "Entsorgung" gefährlicher Substanzen, verschwenderischer Umgang mit wertvollem Trinkwasser, fehlende Wärmedämmung in den Gebäuden und so weiter. Gerade weil die Ansatzmöglichkeiten so vielfältig sind, hatte ich dem zuständigen Kultusministerium bereits im September 1990 zwei Vorschläge gemacht:

- o An jeder Hochschule soll ein Umweltschutz-Beauftragter, ein Verantwortlicher für die Berücksichtigung ökologischer Belange im Hochschulbereich eingesetzt werden.
- o Unabhängige Fachleute sollen im gesamten Hochschulbereich Haus für Haus auf Verbesserungsmöglichkeiten untersuchen, Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchführen und Verbesserungen bei der Heiztechnik einführen.

Natürlich kostet all dies erst einmal Geld. Aber wenn dank des Einsatzes von Fachleuten die Hochschulen auf ökologische Vernunft getrimmt werden, so nützt dies nicht nur der Umwelt, sondern spart letztlich ein Mehrfaches der Anfangs-Ausgaben. Viele Industriebetriebe haben dies bereits eindrucksvoll bewiesen.

Die Antwort des bayerischen Kultusministeriums ist wenig ermutigend. Zwar erhielt ich eine lange Litanei einzelner - zum Teil durchaus löblicher - Absichten und Maßnahmen. Doch sie bleiben Einzelansätze und sind in Ihrer Unverbindlichkeit kaum zu überbieten. Auf den Vorschlag eines Umweltschutz-Beauftragten geht die Minister-Antwort nicht ein, und - so der Brief - "eine Untersuchung durch unabhängige Fachleute würde zu keinen neuen Erkenntnissen führen und nur unnötige Kosten verursachen".

Es ist zu bedauern, daß sich das Ministerium einem grundsätzlichen Ansatz verweigert: Gute Absichten, Leitsätze und Grundsätze scheinen zwar auf den ersten Blick erfreulich. Doch an der Praxis in Bayern läßt sich ablesen, wie glaubwürdig diese Absichten sind.

Wie dem Vollzugsdefizit an den Hochschulen in Sachen Umweltschutz auch in Bayern wirksam begegnet werden könnte, zeigt die Technische Universität (TU) Berlin: Sie hat ein Umweltschutzkonzept für Institutionen entwickelt und setzt bereits konsequent in der eigenen Einrichtung um. Konkret: Die TU hat die Stelle eines zentralen Umweltbeauftragten geschaffen, der ein Team von dezentral in den Abteilungen und Referaten sitzenden Umweltbeauftragten koordiniert. Die Mitglieder dieses Teams kümmern sich - zum Teil ehrenamtlich, zum Teil für einige Stunden freigestellt - um die Umweltbelange ihres Bereiches. Damit wird es für das bayerische Kultusministerium nochmals leichter: Der Minister müßte nicht einmal mehr nachdenken, sondern nur noch nachmachen.

(-/21. Januar 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Robert M. W. Kempner: Die Entdeckung des Wannsee-Protokolls

Wie das Geheimprotokoll über die "Endlösung der Judenfrage" vom 20. Januar 1942 der Welt bekannt wurde, zeigte am 19. Januar eine Erklärung des stellvertretenden US-Hauptanklägers im Nürnberger Wilhelmstraßenprozeß, Professor Dr. Robert M. W. Kempner, anlässlich der Eröffnung der Gedenkstätte "Haus der Wannseekonferenz" in Berlin. Es heißt dort:

Anfang März 1947 herrschte in meinem Amtszimmer in Nürnberg, dem Tagungsort der Internationalen Kriegsverbrecherprozesse, erhebliche Aufregung. Ich war damals Hauptankläger im sogenannten Wilhelmstraßen-Prozeß gegen Minister und Staatssekretäre des Hitler-Regimes. Wie mir aus dem US-Dokumentenzentrum aus Berlin tags zuvor telefoniert worden war, hatte ich eine Sendung von Akten des Auswärtigen Amtes zu erwarten, dessen letzter Chef unter Hitler Joachim von Ribbentrop gewesen war.

Unter dem Stapel von Akten befand sich ein Riesenpaket mit der Aufschrift D, - das Deutschland kennzeichnete. Nach Vermerken über die Eingangsformalitäten nahm ich mit meinen Mitarbeitern eine Durchsicht des Inhalts vor. Wir waren aufgeregt, als wir ein Protokoll über die später als Wannseekonferenz weltbekannt gewordene Sitzung über die Endlösung der Judenfrage vom 20. Januar 1942 entdeckten. Da es naturgemäß in deutscher Sprache abgefaßt war, mußten Dolmetscher zugezogen werden. Sein Verfasser war der SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann vom Reichssicherheitshauptamt.

Die Übersetzung ins Englische dauerte bis in die Nacht hinein, denn ich mußte den englischen Text meinem Chefankläger, General Telford Taylor, vorlegen. "Ist das denn echt?" fragte er mich bestürzt, denn er hatte ein solches Protokoll über die Vernichtung der Juden Europas noch nicht vor die Augen bekommen. Es existierten von diesem Protokoll vom 20. Januar 1942 30 Abschriften für andere Ministerien, aber diese waren vor Kriegsende vernichtet worden, wie ich später erfuhr.

Jetzt fing für mich die Arbeit über die Untersuchung der Beteiligten an der Endlösung der Judenfrage für den Wilhelmstraßen-Prozeß erst an. Die Beteiligten an der Endlösungskonferenz vom 20. Januar 1942 mußten gefunden und vernommen werden. Viele waren in Haft, andere waren ins Ausland geflüchtet, wieder andere hatten Selbstmord begangen, - wir hatten kaum genügend Beamte, um die hunderte von Tätern ausfindig zu machen, die an der Ermordung von Millionen von Juden durch die Nazis beteiligt waren.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem ich nicht durch schriftliche Fragen von Verwandten von Opfern oder Verwandten von Beteiligten an der Endlösung über die Massenmorde an jüdischen Menschen befragt werde.

Der Magistrat von Berlin und der Trägerverein des Hauses der Wannsee-Konferenz 'Erinnern für die Zukunft' haben sich ein großes Verdienst erworben, die Erinnerung an die Durchführung der Endlösung der Judenfrage wachzuhalten.

(-/21. Januar 1992/rs/ks)
